



**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 2

Nordrhein-Westfalen

Schwerpunkthemen 2020 – 2022



STARK

Inhalt

Vorwort

Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg	1
1 Kriegs- und Friedensziele der Alliierten	1
1.1 Atlantik-Charta und Casablanca-Formel	1
Die Atlantik-Charta	1
Die Konferenz von Casablanca	2
1.2 Von Teheran nach Jalta: Die alliierten Kriegskonferenzen	3
Die Konferenz von Teheran	3
Der Morgenthau-Plan und andere Teilungsprojekte	4
Die Aufteilung der Besatzungszonen	5
Die Konferenz von Jalta	6
2 Die bedingungslose Kapitulation	9
3 Deutschland in der „Stunde null“	12
3.1 Die Lage der Bevölkerung	12
3.2 Flucht und Vertreibung	14
3.3 Die Nürnberger Prozesse und die „Entnazifizierung“	17
3.4 Die (Neu-)Gründung von Parteien und erste Wahlen	19
Grundsätze	19
SPD	20
CDU/CSU	22
FDP	23
KPD	23
Zentrum	24
Deutsche Partei (DP)	25
4 Deutschland unter alliierter Besatzung	26
4.1 Die alliierten Deutschlandplanungen	26
Die wirtschaftliche Existenz Deutschlands	26
Die staatliche Ordnung	27
Die politischen Ziele der Besetzung	28
4.2 Die alliierten Besatzungsbehörden	29
Der Kontrollrat als oberste Regierungsbehörde	29
Die Militärregierungen	30
4.3 Die Einführung des föderalistischen Systems – Bildung deutscher Länder	31
Die Auflösung Preußens	31

	Die amerikanische Zone	32
	Die britische Zone	33
	Die französische Zone	34
	Die sowjetische Zone	38
4.4	Von der Koalition zur Konfrontation	42
	Konflikte	42
	Stalin und Churchill	42
	Die Konferenz von Potsdam	43
	Der Status Deutschlands	46
	Neuorientierung der USA	47
	Der Marshallplan	48
5	Der Weg zur Gründung der beiden deutschen Staaten	52
5.1	Das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ – die Bizone	52
5.2	Von der Bizone zur Trizone	54
5.3	„Doppelte Währungsreform“ und Berlin-Blockade	56
	Die Währungsreform	56
	Die Einführung der Marktwirtschaft	60
	Die Berlin-Blockade	60
5.4	Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland	62
	Die Ministerpräsidentenkonferenzen vom Sommer 1948	62
	Die Arbeit des Parlamentarischen Rates	63
5.5	Die Gründung der DDR	65
	Die bipolare Welt nach 1945	71
1	Von der Allianz gegen Hitler zum Kalten Krieg	71
1.1	Von der „unnatürlichen Koalition“ zu den ersten Konflikten	71
	Ost-West-Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg	71
	Atlantik-Charta und Kriegskonferenzen	72
	Wirtschaftliche Konflikte	72
	Kampf um Einflussphären	73
1.2	Die deutsche Teilung	74
	Besatzungspolitik	74
1.3	Der Koreakrieg	75
2	Der Kalte Krieg	77
2.1	Der ideologische Konflikt	77
	Containment-Politik und Marshallplan	77
	Zwei-Lager-Theorie	78
2.2	Theorien über die Entstehung des Kalten Kriegs	78
2.3	Strategien im Kalten Krieg – NATO und Warschauer Pakt	80
	Die westliche Seite	80

	Die östliche Seite	84
2.4	Berlin und Kuba – „Kraftproben ohne Sieger“	86
	Berlinkrise	86
	Kuba-Krise	87
2.5	Das Zeitalter der Entspannungspolitik	90
	ABM-Vertrag und SALT-Verhandlungen	92
	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	93
2.6	Die Rückkehr zur Konfrontation	95
2.7	Die Vereinten Nationen in der bipolaren Welt	97
	Vorgeschichte: Der Völkerbund	97
	Gründung der Vereinten Nationen	98
	Die Entwicklungsländer und die UNO	101
	Eine „Neue Weltordnung“?	102
3	Das Ende des Kalten Kriegs	105

Die Bundesrepublik Deutschland 109

1	Die Bundesrepublik Deutschland – ein „gewolltes Provisorium“	109
1.1	Das Grundgesetz	109
1.2	Der Staat als Provisorium	111
	Grundsätze der Politik	111
	Selbstverständnis des Staates	112
	Deutschland „in den Grenzen von 1937“?	113
2	Die Ära Adenauer (1949–1963)	115
2.1	Die Westintegration	116
	Alternativen in der Auslands- und Deutschlandpolitik	116
	Die Westeuropa-Konzeption Adenauers	116
	Das Petersberger Abkommen	117
	Montanunion und EWG	119
	Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	119
	Die Stalin-Note 1952	119
	Der 17. Juni 1953	121
2.2	Die Rückgewinnung der Souveränität	121
	Der Deutschland-Vertrag 1952/54	121
	Die Pariser Verträge	122
	Die Weltpolitik im Zeichen der deutschen Frage	124
	Die Saar-Frage	125
	Der Status Berlins und die zweite Berlinkrise 1958	126
2.3	Die innere Entwicklung	128
	Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Alliierten	128
	Die Vorstellungen der Parteien	129

	Das „Wirtschaftswunder“	129
	Wirtschaftspolitische Entscheidungen	131
	Vertriebene und Lastenausgleich	132
	Aufbau der Bundeswehr	133
	Restaurative Tendenzen	133
	Das Ende der Ära Adenauer	134
3	Von der Regierung Erhard zur sozialliberalen	
	Koalition (1963–1982)	135
3.1	Kanzlerschaft Ludwig Erhards	135
	Wirtschaftliche Entwicklung	136
	Gesellschaftliche Tendenzen	136
3.2	Die Große Koalition (1966–1969)	137
	Das wirtschaftspolitische Programm	138
	Notstandsgesetze	139
	Studentenproteste und Außerparlamentarische Opposition	139
	Wandel in der Ostpolitik	141
3.3	Die sozialliberale Koalition (1969–1982)	142
	Neue Ostpolitik und Abschluss der Ostverträge	142
	Der Regierungswechsel Brandt – Schmidt	146
	Ostpolitik als „Politik der kleinen Schritte“	146
	Die Rote-Armee-Fraktion	147
	Gesellschaftliche Entwicklungen	148
	NATO-Doppelbeschluss und Stationierungsdebatte	149
	Die wirtschaftliche Entwicklung	150
4	Die christlich-liberale Koalition (1982–1989)	151
4.1	Innenpolitische Entwicklung	151
	Die Grünen	151
	Krise der Parteien	152
	Terrorismus	152
	Zuwanderung und demografischer Wandel	153
4.2	Wirtschaftliche Entwicklung	153
4.3	Ostpolitik im Zeichen dauerhafter Koexistenz	154
	Die Deutsche Demokratische Republik	159
1	Der zweite deutsche Staat – die DDR	159
1.1	Die erste Verfassung der DDR	159
1.2	Erste Wahlen zur Volkskammer	160
2	Die Ära Ulbricht	162
2.1	Die Bildung des „Ministeriums für Staatssicherheit“	162
2.2	Die SED wird Staatspartei	162

2.3	Aufbau des Sozialismus	164
2.4	Der 17. Juni 1953	166
2.5	Die Kollektivierung der Landwirtschaft	167
2.6	Aufstieg der DDR zum zweitstärksten Industriestaat des Ostblocks und Folgen	168
2.7	Der Bau der Berliner Mauer	170
2.8	Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht	173
2.9	Gesellschaftliche Entwicklung	173
3	Die Ära Honecker	175
3.1	Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihre Folgen	175
3.2	Souveränität der DDR und Ostintegration	176
3.3	Systemkrise, Dissidenten, Opposition	177
	Der Umbruch in der DDR und die Wiedervereinigung	185
1	Der Umbruch in der DDR 1989/90	185
1.1	Auswirkungen des sowjetischen Reformkurses	185
1.2	Friedliche Revolution und Fall der Mauer	186
2	Der Weg zur Wiedervereinigung	189
	Der Europa-Gedanke und die europäische Einigung	199
1	Etappen der europäischen Einigung bis 1989	199
1.1	Die europäische Idee in der Nachkriegszeit	199
	Die USA als Förderer Europas	200
	Der Europarat	201
	Die Montanunion	202
	Die deutsch-französische Verständigung	202
1.2	EWG und EURATOM	203
1.3	Die EG – attraktiv und ungeliebt	205
1.4	Die Entwicklung der Institutionen	207
2	Die Entwicklung seit 1990	209
2.1	Die EU – das „gemeinsame europäische Haus“?	209
	Alternative Europavisionen	209
2.2	Der Integrationsprozess seit Maastricht	211
	Vertrag von Maastricht	211
	Vertrag von Amsterdam	214
	Welthandel und Entwicklungspolitik	215
2.3	Die Osterweiterung	216
	Der Vertrag von Nizza	216
	Vorläufiges Scheitern der EU-Verfassung	217

	Die Osterweiterung und zukünftige Herausforderungen	218
	Der europäische Verfassungsvertrag	220
2.4	Bilanz	222
	Europäisches Bewusstsein und EU-Recht	222
	Außenpolitische Schwäche der EU	224
	Die Flüchtlingskrise	225
3	Europa in den Zeiten der Pax Americana?	229
Kriege und Friedensschlüsse vom 17. bis zum 20. Jahrhundert		239
1	Der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Frieden	240
1.1	Vorgeschichte	241
1.2	Vom Regionalkonflikt zum europäischen Krieg	244
	Der Böhmisches-Pfälzische Krieg (1618–1623)	244
	Der Niedersächsisch-Dänische Krieg (1625–1629)	246
	Der Schwedische Krieg (1630–1635)	246
	Der Schwedisch-Französische Krieg (1635–1648)	248
1.3	Kriegführung	249
1.4	Der Weg zum Frieden	252
1.5	Verhandlungen	253
1.6	Ergebnisse des Westfälischen Friedens	255
1.7	Deutung und Bedeutung	257
2	Bilanz: Kriege und Friedensschlüsse im Vergleich	261
2.1	Tabellarische Übersichten	261
2.2	Militärische Gewalt: Rechtfertigungen, Ziele, Charakter	270
2.3	Das Zustandekommen von Frieden	272
2.4	Friedensordnungen im Vergleich	275
Lösungen		279
	Bildnachweis	305
Autoren: Henning Aabel, Dr. Hans-Karl Biedert, Wolf-Rüdiger Größl, Harald Müller		

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

der vorliegende Band Geschichte 2 soll Ihnen eine gezielte und effektive **Vorbereitung auf Klausuren** und alle **Prüfungen des Zentralabiturs** im Fach Geschichte ermöglichen. Hierzu werden die wichtigen prüfungsrelevanten Themen „Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg“, „Der Kalte Krieg“, „Die deutsche Zweistaatlichkeit“, „Der Umbruch in der DDR und die Wiedervereinigung“ sowie „Die europäische Einigung“ und „Kriege und Friedensschlüsse im Vergleich“ übersichtlich und prägnant dargestellt.

- Die Kapitel enthalten das in der Abiturprüfung vorausgesetzte **Basiswissen an Fakten** in zusammenhängender und strukturierter Form. Historische **Abbildungen** veranschaulichen die Inhalte und dienen als Merkhilfe.
- Die darstellenden Textpassagen sind klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Zusammenfassende Bewertungen auf dem neuesten Stand der fachwissenschaftlichen Forschung leiten das jeweilige Thema und sollen dem Bearbeiter eine grundlegende Orientierung ermöglichen.
- Ein sinnvoll ausgewähltes **Stichwortverzeichnis** ermöglicht Ihnen einen schnellen Überblick und den sicheren Zugriff auf relevante Informationen.
- Zusammenfassende **Schaubilder** und **Infokästen** erleichtern das Lernen und bieten Ansätze für eigene **Präsentationen** von geschichtlichen Zusammenhängen.
- Mit den vielfältigen **Übungsaufgaben** am Ende jedes Kapitels und **materialgestützten Aufgaben im Stil des Abiturs** können Sie das Gelernte selbstständig anwenden.
- Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes gibt Ihnen schließlich die Möglichkeit, Ihren Wissensstand schnell und einfach zu überprüfen. Die wichtigsten Bewertungen, Zusammenhänge und Fakten werden dort noch einmal zusammenfassend aufbereitet.

Verfasser und Verlag wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!

5.4 Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Die Ministerpräsidentenkonferenzen vom Sommer 1948

Der von den Besatzungsmächten vorangetriebenen Reform des Wirtschaftsrats (s. S. 53) folgte noch im Sommer 1948 ein erneuter Vorstoß der Alliierten, der die „Londoner Empfehlungen“ in Richtung auf die **Schaffung eines westdeutschen Staates** umsetzen sollte. Die drei Militärgouverneure übergaben den elf Länderchefs am 1. Juli 1948 drei Forderungen, die in den sogenannten **Frankfurter Dokumenten** niedergelegt waren:

- Die Westmächte beauftragten die Ministerpräsidenten der Länder in den Westzonen (Trizone), bis zum 1. September 1948 eine **verfassungsgebende Versammlung** einzuberufen. Diese Versammlung solle eine demokratische Verfassung auf der Basis des Föderalismus für den künftigen Staat ausarbeiten. Die neue Verfassung solle „die Rechte der beteiligten Länder“ schützen, „eine angemessene Zentralinstanz“ schaffen und die Freiheitsrechte garantieren. Eine solche Verfassung sollte dann von den Besatzungsmächten geprüft und genehmigt, nach einer Volksabstimmung in den Ländern eingeführt werden und damit für alle Länder verbindlich sein, sofern sie von zwei Dritteln aller Länder angenommen werde;
- die 1945/46 geschaffenen **Ländergrenzen** sollten neu geregelt werden. Die **Neuregelung** sollte einmal den überlieferten Formen Rechnung tragen, zum anderen verhindern, dass es ein Ungleichgewicht zwischen den Ländern gibt, besonders in Bezug auf die Größe und die Bevölkerungszahl;
- die Ministerpräsidenten sollten zu einem **Besatzungsstatut** der Militärgouverneure Stellung nehmen, das parallel zur Staatsgründung in Kraft treten sollte. Darin sollte festgelegt werden, dass die Außenpolitik des neuen deutschen Staates auch weiterhin Sache der Militärgouverneure sein sollte, dass der deutsche Außenhandel auch weiterhin alliierter Kontrolle unterliegen und die Internationale Ruhrbehörde ebenso fortbestehen sollte wie Kontrollen bezüglich der Industrieproduktion.

Diese Forderungen stießen in der deutschen Öffentlichkeit meist auf Ablehnung. Das **Treffen der westdeutschen Ministerpräsidenten** Anfang Juli 1948 bei Koblenz stand ganz unter dem Eindruck der Berlin-Blockade. Den Ministerpräsidenten war klar, dass sie die Aufforderung der Westalliierten nicht ablehnen konnten. Aber sie waren zutiefst besorgt, dass die Teilung Deutschlands, durch die Währungsreformen ohnehin schon vergrößert, noch mehr vertieft werden würde. Die Ministerpräsidenten stimmten der Aufforderung zwar zu, formulierten aber Bedenken. Sie wollten vor allem die Interessen des Ganzen

wahren und alles vermeiden, „was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde“ (M. F. Feldkamp). Es dürfe nur ein „**Provisorium**“ geschaffen werden, „bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben sind und die deutsche Souveränität in ausreichendem Maße wiederhergestellt ist“. Eine Volksabstimmung lehnten sie unter dem Hinweis ab, dass nicht das ganze deutsche Volk abstimmen könne. Die Ministerpräsidenten schlugen stattdessen vor, dass die Landtage einen „Parlamentarischen Rat“ wählen sollten, der ein „Grundgesetz für die einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebietes der Westmächte“ ausarbeiten sollte (Frankfurter Dokumente vom 1. 7. 1948, Dokument I). Dieses sollte dann ohne vorherige Volksabstimmung von den Ministerpräsidenten verkündet werden.

Die Militärgouverneure lehnten die Vorschläge der Ministerpräsidenten ab. Das erforderliche zweite Treffen am 22. Juli brachte keine neuen Ergebnisse, bis das Argument des Berliner Bürgermeisters Ernst Reuter, Deutschland werde nicht erst durch die Weststaatsgründung gespalten, sondern sei es bereits durch die Politik der Sowjets in der SBZ, die Einwände entkräftete. Reuter vertrat auch die These, dass die politische und wirtschaftliche Konsolidierung des Westens Voraussetzung sei sowohl für die Gesundung der Verhältnisse im Westen selbst als auch für die Rückkehr des Ostens zu einem gemeinsamen deutschen Staat.

Auf einer letzten Konferenz einigten sich schließlich Deutsche und Westalliierte: Die Landtage sollten keine „Verfassungsgebende Nationalversammlung“, sondern einen „**Parlamentarischen Rat**“ wählen, der ein „**Grundgesetz**“ erarbeiten sollte – der Begriff „Verfassung“ wurde vermieden. Über dieses Grundgesetz sollten dann die Landtage abstimmen.

Zur Vorbereitung berief die Ministerpräsidentenkonferenz einen Sachverständigenausschuss, den **Verfassungskonvent**, der im August 1948 auf der Insel **Herrenchiemsee** tagte. Jedes Land war durch einen Bevollmächtigten vertreten; Berlin durfte nur einen „Gast“ schicken. Der verabschiedete Entwurf war offiziell nur ein „Tätigkeitsbericht“, trug aber schon wesentliche Züge des späteren Grundgesetzes. Der Parlamentarische Rat wurde daraufhin für den 1. September 1948 nach Bonn einberufen.

Die Arbeit des Parlamentarischen Rates

Zum vorgesehenen Termin, dem 1. September 1948, trat der Parlamentarische Rat in Bonn in den Räumen der Pädagogischen Akademie, dem späteren Sitz des Bundesrates, zusammen. Die 65 Mitglieder waren von den Landtagen nach der Einwohnerzahl der Länder delegiert, Westberlin entsandte fünf Vertreter, die aber nur beratende Funktion hatten. Die Mitglieder schlossen sich nach ihrer Parteizugehörigkeit (19 CDU, 8 CSU, 27 SPD, 5 FDP und je zwei Zentrum,

Deutsche Partei und KPD) zu Fraktionen zusammen. Zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates wurde **Konrad Adenauer**, der CDU-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, gewählt.

Die Diskussion ging zunächst um die **Staatstheorie**, wobei die Leitlinie der Ministerpräsidenten aufgegriffen wurde, die staatliche Organisation der Westzonen sei ein **Provisorium**, das zeitlich und inhaltlich begrenzt sein müsse. Die gemeinsame Arbeit war aber bestimmt durch die negativen Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung, vor allem mit dem Artikel 48, mit der NS-Diktatur und durch den Wunsch, den gegebenen Freiraum gegenüber den Besatzungsmächten weitestgehend auszunutzen.

Einigkeit bestand darüber, dass der **neue Staat föderalistisch organisiert** sein sollte, Differenzen bestanden jedoch darüber, welche Kompetenzen die Länder gegenüber dem Bund haben sollten. Die (Wieder-)Einführung des föderalistischen Prinzips war eine der Hauptforderungen der Alliierten gewesen, durch die schon bald nach Kriegsende die Länder als staatliche Organisation der Besatzungszonen geschaffen worden waren.

Die neue Verfassung war also als Provisorium bis zur Wiedervereinigung konzipiert, sie enthielt Grundrechte sowie Bestimmungen, die als „Erfahrungen aus Weimar“ bezeichnet werden können, wie z. B. das Konzept einer wehrhaften Demokratie, die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, das konstruktive Misstrauensvotum, die Befugnisse des Staatsoberhauptes. Mit 53 zu 12 Stimmen nahm der Parlamentarische Rat am 8. 5. 1949 das **Grundgesetz** an. Die Landtage stimmten (mit Ausnahme Bayerns) ebenfalls zu. Nach der Verkündung am 23. 5. 1949 trat es einen Tag danach als „Gründungsurkunde“ der **Bundesrepublik Deutschland** in Kraft. **Bonn** wurde Regierungssitz und damit provisorische Hauptstadt (zu den Ländern der Bundesrepublik: s. Karte, S. 41). Gleichzeitig mit dem Grundgesetz wurde



Konrad Adenauer (stehend) bei der Abstimmung des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz, 8. Mai 1949

auch das **Besatzungsstatut** wirksam, in dem sich die Westalliierten wesentliche Eingriffsrechte in die staatliche und politische Ordnung der Bundesrepublik vorbehalten. Wenn sie davon in den folgenden Jahren auch kaum Gebrauch machten, so wurde dennoch die Rückgewinnung der vollen Souveränität der Bundesrepublik zu einer zentralen Aufgabe der Bundesregierung.

5.5 Die Gründung der DDR

Wie bereits dargestellt, blieb die Sowjetunion in ihrer Deutschlandpolitik sehr lange flexibel. Auf der einen Seite versuchte sie, indem sie im Hinblick auf die künftige Organisation Deutschlands vollendete Tatsachen schuf, die anderen Alliierten auf ihre Linie festzulegen, andererseits vermied sie alles, was auf eine alleinige Einbeziehung ihrer Besatzungszone in den eigenen Machtbereich hätte hindeuten können. Ihr Maximalziel war ganz Deutschland, und sei es auch „nur“ unter einem entmilitarisierten und neutralisierten Status. Die nächste Ebene ihrer Politik bestand in Eingriffs- und Kontrollrechten in ganz Deutschland, was besonders in der Frage der Ruhrkontrolle und der Währungsreform zum Ausdruck kam. Erst als diese beiden Möglichkeiten versperrt waren, rückte die Organisation der **sowjetischen Besatzungszone als eigener Staat** in den Blickpunkt (s. Tabelle S. 39)

Die Sowjetunion ließ vor allen anderen Alliierten bereits am 10. Juni 1945 politische Parteien in ihrer Zone zu. Es entsprach der massiven Unterstützung, die sie den Kommunisten zukommen ließ, dass die **KPD** am darauffolgenden Tag wiedergegründet wurde. Schon vorher konnten jedoch „linientreue“ Kommunisten (unter ihnen Walter Ulbricht), die in Moskau die stalinistischen Säuberungen überstanden hatten, auf Anweisung der Armeeführung Schlüsselpositionen in der deutschen Zivilverwaltung besetzen (s. S. 38). So wurde am 14. Mai 1945 vom sowjetischen Stadtkommandanten ein Magistrat für Groß-Berlin eingesetzt, in dem (bei 16 Mitgliedern) acht Kommunisten die wichtigsten Positionen innehatten.

Nachdem am 5. Juli die LDPD als vierte Partei gegründet worden war, schlossen sich KPD, SPD, CDU und LDPD zur „**Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien**“ (**Antifa-Block**) zusammen, um den politischen Wiederaufbau Deutschlands in die Wege zu leiten. Da der gemeinsame Block-Ausschuss nur einstimmig Beschlüsse fassen konnte, war die KPD vor gegen sie gerichteten Koalitionen oder anderen Bündnissen geschützt.

Unter der Dominanz der KPD, später der SED, ging der Einfluss und das reale politische Gewicht der Blockparteien zurück (im Volksmund bald „Blockflöten“ genannt); die Parteien selbst wurden willige Hilfsorgane der SED, obwohl viele von ihnen den Eintritt in die SED vermeiden konnten.

Parallel zum Aufbau der Parteien vollzog sich der **Aufbau der Massenorganisationen**, die die Alleinherrschaft der Kommunisten pseudo-pluralistisch verbrämen sollten. So wurden die Sozialdemokraten kurz nach Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB, 15. 6. 1945), der die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden sollte, durch die Kommunisten

zurückgedrängt. Auch die Ende Juli 1945 genehmigten „Jugendausschüsse“, die die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) vorbereiteten, standen von Anfang an unter dem Einfluss kommunistischer Funktionäre wie **Erich Honecker**.

Wie in den lokalen Verwaltungen besaßen die Kommunisten auch in den im Juli 1945 von der SMAD gegründeten „Zentralverwaltungen“ Schlüsselstellungen, wohl mit der Absicht, diese Positionen bei der Übernahme dieser Verwaltungsorgane für alle Besatzungszonen beizubehalten. Der Aufbau der Verwaltung ging Hand in Hand mit der rigorosen Entfernung aller Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben. Die **Entnazifizierung** betraf über 500 000 Personen und wurde gründlicher durchgeführt als in den Westzonen.

In der **Demontagepolitik** verfolgte die UdSSR konsequenter als die Westmächte ihren eigenen Vorteil. Angesichts des bevorstehenden Einzugs der Westalliierten in die Berliner Westsektoren demontierten die Sowjets zunächst hier die Industrieanlagen und später erst die des Ostsektors. Die 200 wichtigsten und größten Betriebe (mit einem Produktionsanteil von 25 %) gingen als „Sowjetische Aktiengesellschaften“ in den Besitz der Sowjetunion über. Angaben über die Reparationsleistungen der DDR an die Sowjetunion schwanken zwischen 66 Milliarden Mark (westliche Schätzung) und 18 Milliarden (eigene Angaben der DDR).

Tief in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge der SBZ griff die **Bodenreform** ein, bei der über 3 Millionen ha oder 35 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche enteignet wurden. Zwei Drittel dieser Fläche wurden an Landarbeiter, Umsiedler und Kleinbauern verteilt, was jedoch in aller Regel zu wenig war, um rentabel wirtschaften zu können. Der Zusammenschluss zu **Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften** (LPG), wie er seit 1952 betrieben wurde, war also bereits vorgezeichnet. Auch der Handel wurde mit der Gründung einer **Staatlichen Handelsorganisation** (HO) im Oktober 1948 dem staatlichen Einfluss unterworfen.

Mit der Verstaatlichung der Schwerindustrie im Sommer 1946 entfernte sich die SMAD einen weiteren Schritt von der Potsdamer Vereinbarung, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht als Einheit zu behandeln. Diese Verstaatlichung betraf bis zum Frühjahr 1948 über 10 000 Unternehmen, die damals bereits 40 % der Produktion deckten. Die Wirtschaft war damit frei für eine Umstellung auf „Volkseigene Betriebe“ (VEB) und staatliche Planung.

In den ersten **Gemeindewahlen** (am 1. 9. 1946 in Sachsen) errang die **SED** durch die Unterstützung der SMAD und die Behinderung anderer Parteien 53 % der Stimmen (LDPD 22 %, CDU 21 %). Auch die Gemeindewahlen in Thüringen und Sachsen-Anhalt am 9. September zeigten ein ähnliches Bild, das nur durch größere Städte, wo die SED in der Minderheit blieb, relativiert werden

konnte. Dieses Ergebnis setzte sich auch in den Kreis- und Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 fort, in denen LDPD und CDU zusammen mehr Stimmen als die SED erhielten. Die Wahlen zum Berliner Magistrat jedoch, bei denen die SPD frei kandidieren konnte, zeigten die wahre „Stärke“ der SED, die im gesamten Stadtgebiet lediglich auf 19,8 % der Stimmen kam. Die SPD errang dagegen 48,7 %, die CDU 22,1 %, die Liberalen 9,4 %.

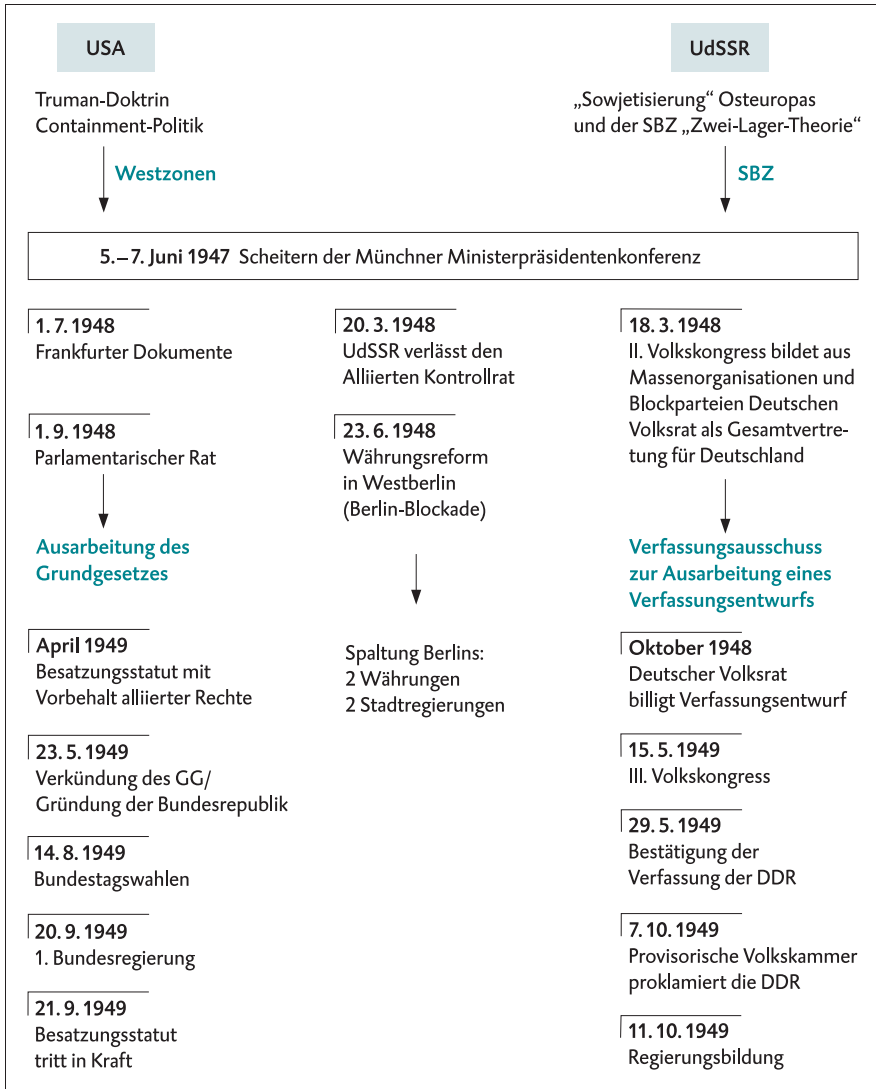
Ein weiterer Schritt der SED auf dem Weg zur politischen Alleinherrschaft war die Einberufung eines **Deutschen Volkskongresses** am 6./7. Dezember 1947, zu dem Parteien und Massenorganisationen Delegierte entsandten. Der erste Volkskongress war nicht auf die SBZ beschränkt, etwa ein Drittel der Mitglieder kam aus den Westzonen. Ziel des Volkskongresses sollte sein, eine Stellungnahme zur Londoner Außenministerkonferenz (25. 11.–12. 12. 1947) abzugeben, was in Wirklichkeit hieß, die sowjetische Haltung zu unterstützen. In der ablehnenden Haltung der CDU zu diesem Volkskongress zeigten sich die wachsenden Spannungen zwischen ihr und der SMAD, die dann am 20. Dezember zur Absetzung der CDU-Vorsitzenden Jacob Kaiser und Ernst Lemmer führten.

Mit der Verhärtung des ideologischen Kurses der Sowjetunion, die sich besonders in den Spannungen zwischen Stalin und dem jugoslawischen Parteichef Tito und in der Gründung des **Kominform** im September 1947 zeigte, musste auch die SED auf den orthodoxen Kurs Moskaus einschwenken. „Säuberungen“ innerhalb der Partei, die Abschaffung der mit der SPD vereinbarten paritätischen Besetzung und die Ablehnung eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus machten aus der SED eine „Partei neuen Typs“, eine Partei streng stalinistischen Zuschnitts. Der **„Demokratische Zentralismus“**, also die strikte Unterordnung unter die jeweilige Führung, wobei Wahlen zur rein akklamatorischen Bestätigung wurden, wurde auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 zum Prinzip des Parteaufbaus erhoben. Gleichzeitig übernahmen ein Politbüro, ein Parteisekretariat und ein Zentralkomitee nach sowjetischem Muster die Führung der Partei. Das Bekenntnis zur „führenden Rolle der Sowjetunion“ wurde verpflichtend.

Im März 1948 tagte ein **zweiter deutscher Volkskongress**, der weiterhin den nationalen und überparteilichen Aspekt betonte, in dem aber noch mehr Kommunisten als im ersten Volkskongress vertreten waren. Der aus dem zweiten Volkskongress gebildete **Deutsche Volksrat** unter der Leitung von Otto Grotewohl billigte den Verfassungsentwurf der SED für eine **Deutsche Demokratische Republik**, ohne ihn in Kraft zu setzen. Man kann davon ausgehen, dass erst der Ausgang der Berlin-Blockade und die Entwicklungen im Westen, wo der Parlamentarische Rat gerade mit der Arbeit am Grundgesetz beschäftigt

war, abgewartet werden sollten. Ein dritter Volkskongress, aus Wahlen am 15./16. 5. 1949 hervorgegangen, bestätigte die Verfassung am 29. 5. 1949, also nach der Gründung der Bundesrepublik, und setzte einen zweiten deutschen Volksrat ein, der sich zur provisorischen Volkskammer erklärte und am **7. 10. 1949 die Gründung der DDR** proklamierte. Berlin wurde zur Hauptstadt bestimmt (zu den Ländern der DDR: s. Karte, S. 41).

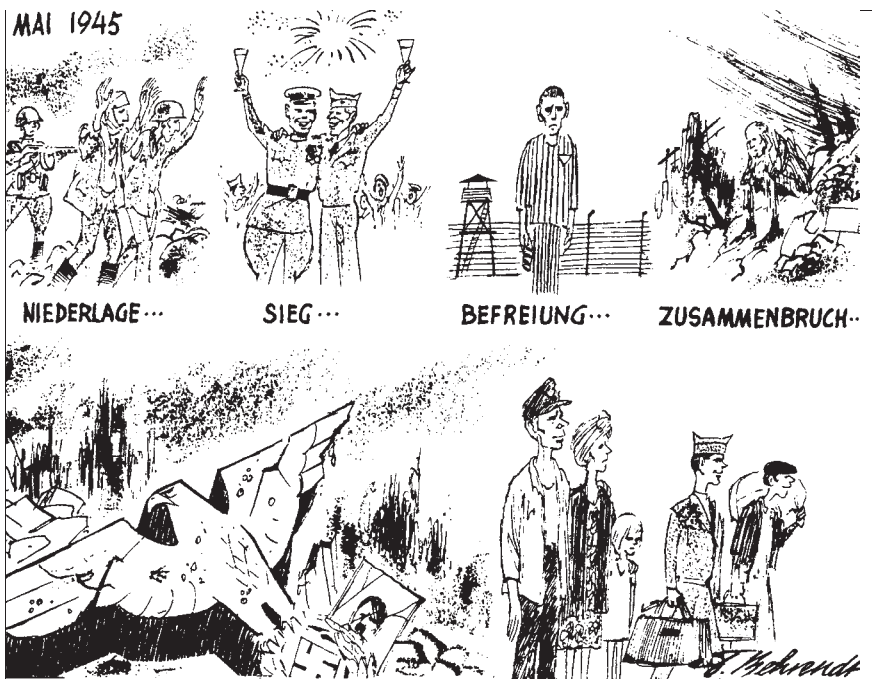
Die Gründung der beiden deutschen Staaten



Aufgaben

- 10 Kennzeichnen Sie die wesentlichen Stationen auf dem Weg zur Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949.
- 11 (materialgestützt)
Bestimmen Sie auf der Grundlage einer genauen Beschreibung die Thematik und die Aussage der Karikatur. Nehmen Sie zu den alternativen Bezeichnungen für den 8. Mai 1945 Stellung.

M 1: „Mai 1945“ (Fritz Behrendt)



© Behrendt/CCC, www.c5.net

wurden durch die Bildung der Länder teilweise nicht beachtet. Dies gilt insbesondere für das ehemalige Land Preußen; auf der anderen Seite blieb Bayern als neues Bundesland in seinem territorialen Bestand gegenüber dem Vorkriegszustand weitgehend erhalten.

9 Die Jahre zwischen 1945 und 1947 stellen eine Phase des Übergangs dar, in der die alliierte Partnerschaft der Anti-Hitler-Koalition in ideologisch-machtpolitische Rivalität und Feindschaft umschlug:

- Potsdamer Konferenz – Ende von Roosevelts One-World-Idee (S. 43–45)
- Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik infolge der russischen Expansion sowie der Sowjetisierung in Osteuropa (Containment-Politik) (S. 47–51)
 - Stuttgarter Rede von US-Außenminister Byrnes („Speech of Hope“, 1946) (S. 47 f.)
 - Trumandoktrin und Marshallplan (S. 48–51)

10 Bundesrepublik Deutschland: Zusammenlegung und gemeinsame Verwaltung der britischen und amerikanischen Zone („Bizone“) zum 1. 1. 1947; Münchner Ministerpräsidentenkonferenz; Gründung der Bank Deutscher Länder; Währungsreform in den Westzonen; Frankfurter Dokumente; Verfassungskonvent auf der Insel Herrenchiemsee; Parlamentarischer Rat; Bildung der „Trizone“; Verkündung des Grundgesetzes und Gründung der Bundesrepublik.

Deutsche Demokratische Republik: Bodenreform in der SBZ; Verstaatlichung der Schwerindustrie; Gründung der SED; Deutsche Wirtschaftskommission; Währungsreform in der SBZ; Deutscher Volkskongress; Ausarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung durch den 2. Deutschen Volksrat; Proklamierung der DDR durch die provisorische Volkskammer am 7. 10. 1949.

Siehe auch S. 52–68.

11 Karikaturist: Fritz Behrendt; Titel: „Mai 1945“; Erscheinungsort und -zeitpunkt: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Mai 1985; Anlass: 40. Wiederkehr des Kriegsendes in Europa; Thema: Problem der Bewertung des 8. Mai 1945.

Für das Datum des 8. Mai bietet der Zeichner verschiedene Kennzeichnungen an, die jeweils durch eine Zeichnung illustriert werden:

- Niederlage (kapitulierende Soldaten der deutschen Wehrmacht)
- Sieg (feiernde amerikanische und sowjetische Offiziere; alliierte Waffenbrüderschaft)

- Befreiung (ausgemergelte Gestalt eines KZ-Häftlings vor Lagerzaun und Wachturm)
- Zusammenbruch (einsamer Mann in Trümmerlandschaft)

darunter links: zertrümmerter Reichsadler mit Hakenkreuz, Hitler-Bild in zerbrochenem Rahmen, im Hintergrund rauchende Ruinen zerstörter Städte;

rechts: drei Deutsche (evtl. Vater, Mutter, Tochter), die zwei abziehenden Soldaten (der eine davon US-Amerikaner) hinterher blicken;

Behrendt zeigt, dass für unterschiedliche Personengruppen bzw. aus unterschiedlicher Perspektive betrachtet das Kriegsende am 8. Mai 1945 unterschiedliche und konträre Bewertungen erfahren hat (und erfährt).

Zur Stellungnahme: offener Erwartungshorizont

Die bipolare Welt nach 1945

- 12** Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion und der japanische Angriff auf Pearl Harbor 1941 führen zum Kriegseintritt der Sowjetunion und der USA und damit zu einer „unatürlichen Koalition“ dieser Großmächte; das Zweckbündnis der Anti-Hitler-Koalition kann letztlich nicht über die grundlegenden Gegensätze zwischen dem kapitalistisch-liberaldemokratischen Modell der USA und der planwirtschaftlich-kollektivistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion hinwegtäuschen.

Nach Kriegsende Kampf um Einflussphären, beginnende Blockbildung; in deren Folge Gründung zweier deutscher Staaten 1949; Ausbruch des Korea-Krieges 1950; siehe S. 72–76.

- 13** Die Karte zeigt den Gebietsumfang des sowjetischen Machtbereichs nach 1945. Zur Verdeutlichung der Entwicklungen sind neben den neuen Grenzverläufen die Vorkriegsgrenzen eingezeichnet. Für Deutschland und Österreich sind die Grenzen der Besatzungszonen markiert, besonders gekennzeichnet sind zudem die Viersektorenstädte Berlin und Wien. Die als „Eiserner Vorhang“ bezeichnete Grenze des sowjetischen Machtbereichs, die zur Konfliktlinie im Kalten Krieg wurde, reicht von der Lübecker Bucht bis zur Adria. In den Ländern Ost- und Mitteleuropas (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien) hatte die Sowjetunion spätestens mit Kriegsende die kommunistischen Kräfte unterstützt, für einen entsprechenden Regimewechsel gesorgt und in der Folge ein System von Satellitenstaaten errichtet (Comecon bzw. RGW; Warschauer Pakt). In Polen setzten sich die Kommunisten 1947 gegen



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK